

Protest-Mail als Alleinerziehende

An: poststelle@bmbfsfj.bund.de; poststelle@bk.bund.de

Bcc: kontakt@vamv.de

Betreff: **Kürzungen beim Unterhaltsvorschuss – nicht mit uns**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Merz,
Sehr geehrte Frau Bundesfamilienministerin Prien,

mit wenig Geld auskommen zu müssen, ist für mich Alltag. Ich bin alleinerziehend, erwerbstätig und muss trotzdem genau überlegen, was ich mir leisten kann. Wenn das Geld nicht reicht, versuche ich wenigstens nicht bei meinen Kindern zu sparen, sondern überlege eher, auf was ich noch verzichten könnte. Denn meine Kinder sollen unbeschwert und gesund aufwachsen können.

Umso mehr empört es mich, dass die Bundesregierung bei der Haushaltskonsolidierung keine Prioritäten setzt. Im Gegenteil: Sie wollen ausgerechnet bei Jugendlichen sparen, bei denen zu Hause das Geld ohnehin knapp ist. 394 Euro im Monat weniger ist sehr viel Geld, das in meiner Haushaltskasse fehlt. Ich wünsche mir, dass meine Kinder die Wahl haben, welchen Schulabschluss und welche weitergehende Ausbildung sie machen, um möglichst gute und selbstgewählte Zukunftsperspektiven zu haben. Aber der Druck wird steigen, stattdessen selbst früher Geld zu verdienen.

Ich appelliere eindringlich an Sie, Ihre Sparpläne beim Unterhaltsvorschuss nicht umzusetzen! Setzen Sie Ihren eigenen Koalitionsvertrag um! Das Kindergeld darf nicht weiter vollständig auf den Unterhaltsvorschuss angerechnet werden und der Rückgriff gegen die Unterhaltsschuldner muss gestärkt werden! Nehmen Sie die Unterhaltsschuldner tatsächlich in die Verantwortung, statt diese auf Kosten meiner Kinder zu entlasten!

Es muss Schluss damit sein, bei den Schwächsten unserer Gesellschaft zu kürzen. Kinder sind unsere Zukunft und sollten auch so behandelt werden!

Mit freundlichen Grüßen

Protest-Mail solidarisch mit Alleinerziehenden

An: poststelle@bmbfsfj.bund.de; poststelle@bk.bund.de

Bcc: kontakt@vamv.de

Betreff: **Kürzungen beim Unterhaltsvorschuss – nicht mit uns**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Merz,
sehr geehrte Frau Bundesfamilienministerin Prien,

ich appelliere eindringlich an Sie, Ihre Sparpläne zum Unterhaltsvorschuss nicht umzusetzen. Alleinerziehende und ihre Kinder sind auf den Unterhaltsvorschuss angewiesen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten und Kindern eine Teilhabe am sozialen Leben zu ermöglichen. Oft reicht selbst eine Vollzeitbeschäftigung dafür nicht aus. Statt Einelternfamilien in die Armut zu treiben, sollten Sie die Unterhaltsschuldner in die Verantwortung nehmen und diese nicht auf dem Rücken ihrer Kinder entlasten!

Setzen Sie Ihren eigenen Koalitionsvertrag um! Das Kindergeld darf nicht weiter vollständig auf den Unterhaltsvorschuss angerechnet werden und der Rückgriff gegen die Unterhaltsschuldner muss gestärkt werden!

Es muss Schluss damit sein, bei den Schwächsten unserer Gesellschaft zu kürzen, anstatt die Reichsten der Gesellschaft stärker in die Verantwortung zu nehmen. Kinder sind unsere Zukunft und sollten auch so behandelt werden!

Mit freundlichen Grüßen